

„Kann Depression kein Jahr lang wegsperren“

Bei Psychotherapeuten gelten lange Wartezeiten

Von unserem Redaktionsmitglied
Elvira Weisenburger

Karlsruhe/Stuttgart. „Ich war wirklich am Ende“ – Reinhold Gantner (Name geändert) legt seine Stirn in Sorgenfalten, wenn er von der großen Krise seines Lebens erzählt. „Meine Ehe war gescheitert. Im Büro konnte ich keinen klaren Gedanken fassen, ich bekam wirklich Angst, dass ich auch noch meine Arbeit verliere. Mein Selbstwertgefühl war auf dem Nullpunkt. Alte Geschichten aus meiner Kindheit kamen da wieder hoch. Nachts schlief ich höchstens zwei Stunden am Stück, und wenn ich morgens gerädert aufwachte, wusste ich nicht, wofür ich überhaupt aufstehen sollte.“

Monatelang quält sich der Ingenieur alleine mit seinen Ängsten herum, ehe er sich eingesteht: „Ich brauche Hilfe.“ Doch als er auf ärztlichen Rat endlich nach einem Psychotherapeuten sucht, erfährt Gantner eine neue Art des Ohnmachtgefühls: „Die Wartezeit in der Praxis betrug acht bis zwölf Monate“, erzählt er kopfschüttelnd. „Aber ich litt nun einmal akut an einer Depression – die konnte ich ja schlecht ein Jahr lang wegsperren.“

So wie Reinhold Gantner ergeht es vielen psychisch angeschlagenen Menschen: Fassungslos müssen sie feststellen, dass es keine schnelle Hilfe für sie gibt. „Ein Patient in Baden-Württemberg wartet durchschnittlich 11,4 Wo-

chen auf ein Erstgespräch beim Psychotherapeuten“, sagt Rüdiger Nübling, Sprecher der Landespsychotherapeutenkammer. Wohlgemerkt: Es geht hier nur ums „Erstgespräch“. Bis die eigentliche Therapie beginnt, vergehen nochmals durchschnittlich rund neun Wochen, macht insgesamt 21,1 Wochen, fast fünf Monate. Noch verblüffender wird die Sache jedoch, wenn man die offizielle Bedarfsplanung im Gesundheitswesen einbezieht. Denn, siehe da: Ganz Baden-Württemberg gilt als „überversorgt“ mit Psychotherapeuten, neue Praxen erhalten keine Kasenzulassung. „Die Bedarfsplanungen sind völlig überaltert“, betont Rüdiger Nübling von der Landestherapeutenkammer. „Diese Zahlen haben mit dem echten Bedarf nichts zu tun.“

Bundesweit fordern Therapeutenverbände, aber auch Kassenärztliche Vereinigungen und Krankenkassen eine realistische Reform – damit die chronische „Unterversorgung“ gemildert werden könne. Bis Ende dieses Jahres könnte eine Lösung zustande kommen: Für das erneuerte Strukturversorgungsrecht soll der Gemeinsame Bundesausschuss von Ärzten, Therapeuten und Krankenkassen neue Bedarfswerte ermitteln. Ausgang der Verhandlungen: offen. Mindestens 20 bis 30 Prozent mehr Zulassungen seien erforderlich, meint die Therapeutenkammer – doch schlimmstenfalls drohe sogar ein Wegfall von Therapie-Praxen.

„Überversorgte“ Patienten leiden unter Geduldsprobe

sen eine realistische Reform – damit die chronische „Unterversorgung“ gemildert werden könne. Bis Ende dieses Jahres könnte eine Lösung zustande kommen: Für das erneuerte Strukturversorgungsrecht soll der Gemeinsame Bundesausschuss von Ärzten, Therapeuten und Krankenkassen neue Bedarfswerte ermitteln. Ausgang der Verhandlungen: offen. Mindestens 20 bis 30 Prozent mehr Zulassungen seien erforderlich, meint die Therapeutenkammer – doch schlimmstenfalls drohe sogar ein Wegfall von Therapie-Praxen.



ERSEHNTER MOMENT: Auf das erste Gespräch beim Psychotherapeuten müssen psychisch angeschlagene Menschen im Schnitt fast ein Vierteljahr warten – und gleichzeitig warten Berufsanfänger vergeblich auf eine Niederlassungserlaubnis. Foto: Bilderbox

Wie es überhaupt zu der „Überversorgung“ auf dem Papier kommt? Die geht letztlich auf Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer zurück, der 1993 erstmals den Bedarf an Psychotherapeuten festschreiben ließ.

„Man hat damals einfach die tatsächliche Versorgung Ende 1990 als Grundlage genommen“, erklärt Kai Sonntag von der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg. „Wir haben heutzutage praktisch noch die Verhältnisse von damals, obwohl es einen starken

Anstieg an psychischen Erkrankungen gab.“ Zudem arbeiten viele Therapeuten in Teilzeit, werden aber voll gezahlt.

Als „frustrierend“ empfinden auch Betroffene wie Mark Heuser die Lage: Er ist fertig ausgebildeter Psychotherapeut – und würde liebend gerne eine eigene Praxis eröffnen. „Ich möchte mich im Raum Karlsruhe niederlassen, aber in den nächsten ein bis zwei Jahren wird sich wohl nichts tun.“ Bundesweit warten viele junge Kollegen sehnsüchtig, bis Ältere in Rente gehen oder eine

halbe Stelle abtreten. Heuser macht jetzt eine Elternzeitvertretung, danach will er sich eine Privatpraxis aufbauen.

In einer Privatpraxis ist vorigen Herbst schließlich auch Reinhold Gantner gelandet – obwohl er gesetzlich versichert ist: „Meine Krankenkasse hat sich zur Kostenübernahme bereit erklärt, da ich keinen Therapeuten fand, der mich innerhalb einer zumutbaren Zeit behandeln konnte.“ Seine Ehe konnte Gantner nicht kicken. Seine Gesundheit nennt er heute „stabil“.

Hintergrund

Alle Kreise in Baden-Württemberg sind offiziell „überversorgt“ mit Psychotherapeuten. Maßstab ist das Gesundheitsstrukturgesetz von 1993, das die Kosten im Gesundheitswesen begrenzen sollte.

- In der Stadt Karlsruhe ist der Bedarf an Psychotherapeuten demnach zu 124 Prozent gedeckt, Patienten müssen jedoch im Schnitt 9,3 Wochen auf ein Erstgespräch warten. Weitere Beispiele:
- Landkreis Karlsruhe: 113 Prozent Versorgungsgrad, 24,3 Wochen Wartezeit.
- Pforzheim: 136 Prozent Versorgung, 13,4 Wochen Wartezeit.
- Ortenaukreis: 157 Prozent Versorgung, 9 Wochen Wartezeit.
- Rastatt/Baden-Baden: 124 Prozent Versorgung, 9,6 Wartewochen.

Im Südwesten sind rund 2 500 psychologische Psychotherapeuten und 500 ärztliche Psychotherapeuten niedergelassen. Psychische Krankheiten sind inzwischen die drittmeisten Leiden in Deutschland und häufigste Ursache für Frühverrentungen. Kosten: 30 Milliarden jährlich. ew

Drei Fragen

In die Diskussion über psychische Leiden mischen sich Kritik und Häme. Rüdiger Nübling, Sprecher der Landestherapeutenkammer, sieht das mit Sorge.



Burnout – eine Modediagnose?

Was sagen Sie zur aktuellen Debatte darüber, viele Menschen seien verweichlicht und liefen zu schnell zum Therapeuten?

Diese Diskussion ist ein Rückfall in die 50er Jahre. Den Vorwurf, die Menschen müssten sich nur zusammenreißen, halte ich für sehr bedenklich. Es macht ja keinen Spaß, zum Therapeuten zu gehen. Viele Betroffene halten das auch heutzutage geheim, weil sie Angst vor Stigmatisierung haben. Es kommt zum Beispiel immer wieder vor, dass Lehrer die Therapie privat bezahlen, damit ihre Erkrankung nicht bekannt wird. Wir gehen davon aus, dass nur 15 bis 20 Prozent der Menschen, die an Depressionen leiden, überhaupt eine Therapie machen.

Es kommt zum Beispiel immer wieder vor, dass Lehrer die Therapie privat bezahlen, damit ihre Erkrankung nicht bekannt wird. Wir gehen davon aus, dass nur 15 bis 20 Prozent der Menschen, die an Depressionen leiden, überhaupt eine Therapie machen.

Ist die Kritik an der „Modediagnose Burnout“ berechtigt?

Natürlich ist Burnout in gewissem Sinn eine Modediagnose – weil es besser klingt als Erschöpfungsdepression. Doch wie Sie es nun nennen, ist letztlich nicht das Entscheidende. Wichtig ist, dass offen über psychische Probleme geredet wird. Europaweit erkranken bis zu 30 Prozent der Erwachsenen an psychischen Leiden.

Wie lässt sich der Anstieg psychischer Erkrankungen hauptsächlich erklären?

Eine große Rolle spielt zweifellos die wachsende Unsicherheit im Leben vieler Menschen. Beruflich zum Beispiel wird heute hohe Flexibilität erwartet. Familien wissen oft nicht, wo sie im nächsten Jahr leben werden, ob sie sich ent wurzeln müssen. ew

Für eine halbe Zulassung fließen locker 10 000 Euro

Junge Therapeuten zahlen an Ältere für begehrte Sitze

Die Nachfrage regelt den Preis – das gilt auch unter Psychotherapeuten. Da Praxisplätze Mangelware sind, bezahlen junge Therapeuten inzwischen Zehntausende, um eine Zulassung von einem älteren Kollegen zu übernehmen. Ein halber Sitz für 10 000 Euro, ein ganzer für 20 000? „Ach, wie billig“, raunen da manche in der Branche. Öffentlich spricht man ungerne über Preise. „Heutzutage sind 20 000 bis 50 000 Euro durchaus gängige Summen, um sich als Nachfolger einzukaufen“, heißt es bei der Kammer.

Streng genommen können Therapeuten ihre Zulassung nicht wirklich verkaufen – doch der Zulassungsausschuss von Krankenkassen und Kassenärzten folgt meist dem Nachfolger-Vorschlag der Praxisinhaber. Die junge Generation der psychologischen Psychotherapeuten stöhnt über finanzielle Mehrfachlasten: Nach dem Psychologie-Studium absolvieren sie eine Zu-

satzausbildung von drei bis fünf Jahren bis zur Approbation. Kosten für die Theorie-Ausbildung: zwischen 8 000 und 20 000 Euro. Und im einundhalb-jährigen Praktikum arbeiten sie für Minilöhne. „Ich habe einundhalb Jahre lang für 500 Euro im Monat gearbeitet“, erzählt Juliane Jung, die heute eine „gute Stelle“ in einer Klinik im

Im Praktikum arbeiten Psychologen für Minilöhne

Kreis Calw hat, obwohl sie anfangs von einer eigenen Praxis träumte. Tina Röck hat sich den Traum in Etappen verwirklicht: Sie hat im Enzkreis zwei halbe Sitze aufgekauft. Rasch war die Wartezeit auch bei ihr auf Monate gestiegen. „Ich empfinde das als belastend“, sagt die Therapeutin, die ungerne Patienten abweist. Doch die maximalen 36 Therapiestunden pro Woche anbieten? Das hält Röck, wie viele Kollegen, für unrealistisch – nicht nur, weil viel Büroarbeit hinzukommt: „Therapiesitzungen dürfen nicht zur Fließbandarbeit werden.“

Auf der Suche nach „Maß und Gewicht“

An den engen Grenzen ihrer Macht litten alle bisherigen Bundespräsidenten von Theodor Heuss bis Christian Wulff

Von unserem Korrespondenten
Martin Ferber

Berlin. Eigentlich wussten die Mütter und Väter des Grundgesetzes nur, was sie nicht wollten – weder einen Ersatzkaiser noch einen Reichspräsidenten mit der Machtfülle der Weimarer Republik, der praktisch im Alleingang Kanzler ernennen und entlassen und mit Hilfe des berühmten Notverordnungsparagraphen 48 der Verfassung sogar ohne parlamentarische Mehrheit regieren konnte. Lange Zeit war es sogar umstritten, ob die Bundesrepublik überhaupt einen Präsidenten als Staatsoberhaupt benötigt, im Gespräch war auch ein „Direktorium“, bestehend aus dem Bundestags- und dem Bundesratspräsidenten sowie dem Bundeskanzler.

Es war vor allem der Liberale Theodor Heuss, der sich in den Beratungen des Parlamentarischen Rates gegen derartige Übergangslösungen aussprach, die indirekte Wahl des Staatsoberhauptes durch die Bundesversammlung durchsetzte und das Amt des Bundespräsidenten mit nur sehr wenig politischen Kompetenzen ausstattete. Als ausgerechnet er am 12. September 1949 zum ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik gewählt wurde, stand er vor der Heraus-

forderung, dieses Amt mit „Menschen-tum“ zu füllen, wie er es formulierte.

Auch wenn sich die Zeiten geändert haben und die Themen andere geworden sind, steht jeder Bundespräsident bei seinem Amtsantritt vor der Herausforderung, den leeren Rahmen, den das Grundgesetz mit seinen wenigen Artikeln vorgibt, mit Inhalt zu füllen und dem Amt „Maß und Gewicht“ zu verleihen. Jedes Staatsoberhaupt tat dies auf seine höchst individuelle Weise und prägte so das Amt.

Theodor Heuss, der von 1949 bis 1959 amtierte und bis heute neben dem adeligen Freiherrn Richard von Weizsäcker (1984 bis 1994) als Idealbild eines Staatsoberhauptes gilt, überparteilich, aber nicht meinungslos, gebildet und doch bürgernah, verstand sich als Lehrer der Demokratie, dem es gelang, im In- wie Ausland das Vertrauen in die junge Bundesrepublik zu gewinnen. Sein Nachfolger Heinrich Lübke (1959 bis 1969) agierte schon sehr viel politischer, mischte sich in aktuelle Fragen ein und richtete mit sei-

nen Auslandsreisen den Blick auf die „Dritte Welt“. Wegen seiner sprachlichen Fehlleistungen sowie seiner Rolle im Nationalsozialismus war er Kritik ausgesetzt. Aus gesundheitlichen Gründen trat er vorzeitig zurück.

Mit Gustav Heinemann (1969 bis 1974) kam erstmals ein Sozialdemokrat ins höchste Staatsamt. Er verstand sich als

„Bürgerpräsident“, aber auch als unbequemer Mahner in einem „schwierigen Vaterland“, der in der Zeit der Studentenproteste das Gespräch mit den aufbegehrenden Jugendlichen suchte. Sein Nachfolger, der FDP-Außenminister Walter Scheel (1974 bis 1979) blieb als „singerer Präsident“ in Erinnerung („Hoch auf dem gelben Wagen“), gleich-

wohl mischte auch er sich immer wieder in die Tagespolitik ein. Der Christdemokrat Karl Carstens (1979 bis 1984) agierte politisch zurückhaltend, beliebt wurde er mit seinen Wanderungen durch Deutschland. Richard von Weizsäcker genoss im In- wie Ausland höchstes Ansehen als moralische Instanz und schlug nach dem Ende des Kalten Krieges eine Brücke des Vertrauens in die mittel- und osteuropäischen Nachbarstaaten. Immer wieder kritisierte er die „Machtversessenheit“ der Parteien, nach der Wiedervereinigung verlegte er seinen ersten Amtssitz von Bonn nach Berlin. Sein Nachfolger Roman Herzog (1994 bis 1999) brachte einen anderen Ton ins

Schloss Bellevue. In seiner berühmten „Ruck“-Rede prangerte er Reformstau in Deutschland und den politischen Stillstand am Ende der Ära Kohl an. Johannes Rau (1999 bis 2004), der zweite Sozialdemokrat, gab sich im Ton versöhnlicher, beschäftigte sich aber in seinen „Berliner Reden“ mit den wichtigen Fragen der Zeit wie der Integration, der Globalisierung sowie dem Zusammenhalt der Gesellschaft. Horst Köhler (2004 bis 2010), positionierte sich anfangs gegen die rot-grüne Regierung und kritisierte die „Agenda 2010“ als nicht weit reichend genug, später hielt er sich politisch zurück und wurde als Bürgerpräsident beliebt. Völlig überraschend trat er nur ein Jahr nach seiner Wiederwahl zurück, nachdem es heftige Kritik an seiner Äußerung gegeben hatte. Bundeswehreinsetze im Ausland seien notwendig, um deutsche Interessen zu wahren. Christian Wulff, nur knapp 600 Tage im Amt, legte seinen Schwerpunkt auf die Integration, er verstand sich als Präsident einer „bunten Republik“ und setzte ein Ausrufezeichen, als er erklärte, dass in der Zwischenzeit auch der Islam zu Deutschland gehöre. Zehn Präsidenten, zehn Amtsführungen. An den engen Grenzen ihrer Macht litten alle, ihr Spielraum blieb begrenzt.



EIN NEUER HAUSHERR für das Schloss Bellevue wird am Wochenende gewählt. Foto: dpa